

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

106 (12.5.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis:
In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierfachjährlich
Mt. 270. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich
60 Pf. Bei der Post verteilt und dort abgeholt Mt. 82, durch den
Briefträger ins E us gebracht, Mt. 3.67 vierfachjährlich.
Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in
Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beurteilung (s. V.); Franz Wahl; für die Unterhaltungs-
beilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiär in Karlsruhe.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beurteilung (s. V.); Franz Wahl; für die Unterhaltungs-
beilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiär in Karlsruhe.

Beilagen:

Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt
„Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechsseitige Zeitung oder deren Raum 25 Pf.
Nachrufe 60 Pf. Volksanzeiger billiger. Bei älterer Wiederholung
entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle
Anzeigenstelle ab.

Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Berantwortlicher für Anzeigen und Nachrufe:
Hermann Wahler in Karlsruhe.

Veteranen und Reichstag.

Alle Parteien ohne Ausnahme wollen den Veteranen die Kriegsbeihilfe geben, jowei diese gesehen ist, den Notständen abzuwenden; alle Parteien waren auch einig, daß die heutige Finanzlage nicht die Erfüllung aller Wünsche gestattet. Erstlich hat man deshalb auch den beiderseitigen Sak von 120 Mark als Beihilfe nicht bemängelt, da an eine Erhöhung dieses Sakes vorläufig nicht zu denken ist. Auch an der Forderung, an alle Veteranen diesen Ehrensold zu bewilligen, ist von keiner Seite festgehalten, ja die alte Forderung, bei einem Einkommen von unter 900 Mark ohne weitere Prüfung der Verhältnisse, die Veteranenbeihilfe zu gewähren, hat man fallen lassen. Einigkeit herrschte aber im Reichstag darüber, daß bei einem Einkommen von unter 600 Mark und Erreichung des 60. Lebensjahrs die Beihilfe ohne weitere Prüfung der Verhältnisse gewährt werden müsse, während nach dem Gesetz noch der Nachweis erbracht werden muß, daß der Veteran weniger als ein Drittel der Erwerbsfähigkeit besitzt, also sich in einer besonders bedrängten Lage befindet. Es liegt klar auf der Hand, daß diese Bestimmung zu den größten Unzufriedenheiten führen muß, da derartige Erwägungen sehr oft ganz anders ausfallen, als der Antragsteller vorausgesetzt hat. Das Ungleichheit in den einzelnen Verwaltungsbezirken vorzunehmen, unterliegt auch keinem Zweifel. Diese Missstände zu befehligen, ist die einmütige Wille des deutschen Reichstages. Es ist auch eines Volkes, das auf so hohen kulturellen Stand gekommen ist, das den deutschen, unwürdig, seine braven Krieger, die, als das Vaterland in Gefahr war, ihre Haut zu Markte trugen, nur vor der Armenpflege zu schützen. Auch die Regierung erkennt dies an. Vom Reichsstaatssekretär wurde hervorgehoben, daß bereits etwa 1½ Millionen Mark für unsere Krieger verausgabt worden wären. Allerdings ist dies richtig, aber der weit aus größere Teil hierzu ist für unsere Invaliden und zur teilweisen Entlastung des Pensionsfonds verbraucht worden.

Hierzu stand der Invalidenfonds mit 561 Mill. Mark und dessen Zinsenträgen, die fast zu einer Verdopplung geführt haben, zur Verfügung. Mithin hat das Reich für unsere Veteranen noch nicht allzuviel geopfert, und allzeitig wird es als eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes angesehen, die sich nicht in besonders guten Vermögensverhältnissen befinden, einen, wenn auch nur bescheidenen, Ehrensold für ihren Lebensabend zu bewilligen. Da fast alle Veteranen das 60. Lebensjahr erreicht haben, ja zum Teil schon 70 Jahre und darüber alt sind, ist es höchste Zeit, die alte Forderung nun endlich zu verwirklichen. Die Regierung stellt sich jedoch auf einen Standpunkt: ohne Deckung keine neuen Ausgaben. Diesen Standpunkt müssen wir allerdings für rich-

tig anerkennen. Hätte unsere Regierung diesen Standpunkt stets eingehalten, so hätten wir heute keine 4 Milliarden Schulden, und sie hätte uns auch im vorigen Jahre keine Finanzreform, welche 500 Millionen Mark neue Steuern forderte, vorzulegen brauchen. Wir müssen es dankbar anerkennen, daß die Regierung jetzt ernst mit diesem Standpunkt zu machen scheint, und hoffen, daß in Zukunft auch bei anderen Ausgaben dieser Standpunkt nicht verlassen wird.

Es wird deshalb Aufgabe des Reichstages sein, Mittel für die Veteranen zu bewilligen. Wichtig der Regierung ist es aber, einen gangbaren Weg zu finden, durch welchen diese Mittel beschafft werden können, um dem einmütigen, dringenden Wunsche des Reichstages nachzukommen. Je schneller dieser Wunsch erfüllt wird, desto besser, denn unsere alten Veteranen können nicht mehr warten. Geht es in den letzten Tagen weiter, dann werden unsere leichten Veteranen zur großen Arme verjagt sein, wie vor allem die Genossen Dr. Frank und Kolb es eigentlich gar keine wirklichen Sozialdemokraten mehr seien; wie ganz ungünstig die ganze sozialdemokratische Bewegung in Baden ist. Natürlich, wenn die Sozialdemokratie stellte die Krüppel, auf denen der größte Teil der natl. Fraktion nur in den bad. Landtag einzog, und sie bildet weiter in der Arbeitsgemeinschaft des Großblocks die stärkste Partei. Gewiß Gründe genug für eine natl. Partei, die nach verschieden Seiten hin Rücksicht zu nehmen hat, die Staatskrippe ist doch sicher nicht zu verachten — alles daran zu tun, um mit den Genossen „Eindruck zu schinden“. Und es ging bis jetzt ganz gut. Noch blieben die 20 Sozialdemokraten bei der Amtsherrschafft weg, was an gewisser Stelle nicht besonders wohlwollend bemerkt werden soll, zwar weigerte sich der sog. 1. Vizepräsident zu Hof zu gehen, was einem an dit aufzugehen doch nicht die angenehmsten Gefühle ausgelöst hat. Noch machen die Genossen ihre Beistung an gewissen Veranstaltungen davon abhängig, daß dabei des Landesfürsten nicht in der üblichen Weise gedacht werde: doch, was macht das alles? Im „neuen Baden“ regiert der Großblock die Stunde, Direktor Dr. Frank gibt den Ton an, und wenn die Kapelle auch nicht gerade mit einem kräftigen „Durch“ einsetzen kann, ihre Melodie gibt doch der Regierung Mut und Kraft zu neuer Tat im Sinne der Musikanten. Zuhörer, die mit der von der Sozialdemokratie gelehrten Musik nicht recht einverstanden sein wollen, macht man damit gruselig, daß es heißt: Wenn die Sozialdemokratie abgestoßen werden, dann macht das Zentrum die Musik, und was das für unser schönes Badenland bedeuten würde, hu — genug, das Schregeperfekt einer kleineren Oberherrschaft hat noch immer seine Dienste getan, und zwar nicht nur beim „schwarzen Untertanen der Massen“. Zudem sind unsere

Dienstag verabschiedet worden ist, dem Reiche mindestens 4½ Millionen Mark ein, eine Summe, die man sofort für die Veteranen verwenden kann und der dringendste Not ist abgeschafft. Wenn die Regierung diese Gelder nicht für solche Zwecke verwendet, dann will sie einfach nicht; sie allein trifft dann die Schuld und der Reichstag muss dann sehen, wie er diese berechtigten Forderungen durchsetzen kann. Das Geld ist also da und man lasse die Veteranen nicht mehr länger warten.

■ Phrasenliberalismus!

1. Die Nationalliberalen sind nicht ganz zufrieden mit ihrem sozialdemokratischen Vorländer. Und wie kommt das? Seit Monaten schon geben sie sich jede erdenkliche Mühe, allsorts klar zu machen, was für prächtige Menschen die Revolutionen, insondere die badischen, seien; wie vor allem die Genossen Dr. Frank und Kolb es eigentlich gar keine wirklichen Sozialdemokraten mehr seien; wie ganz ungünstig die ganze sozialdemokratische Bewegung in Baden ist. Natürlich, wenn die Sozialdemokratie stellte die Krüppel, auf denen der größte Teil der natl. Fraktion nur in den bad. Landtag einzog, und sie bildet weiter in der Arbeitsgemeinschaft des Großblocks die stärkste Partei. Gewiß Gründe genug für eine natl. Partei, die nach verschieden Seiten hin Rücksicht zu nehmen hat, die Staatskrippe ist doch sicher nicht zu verachten — alles daran zu tun, um mit den Genossen „Eindruck zu schinden“. Und es ging bis jetzt ganz gut. Noch blieben die 20 Sozialdemokraten bei der Amtsherrschafft weg, was an gewisser Stelle nicht besonders wohlwollend bemerkt werden soll, zwar weigerte sich der sog. 1. Vizepräsident zu Hof zu gehen, was einem an dit aufzugehen doch nicht die angenehmsten Gefühle ausgelöst hat. Noch machen die Genossen ihre Beistung an gewissen Veranstaltungen davon abhängig, daß dabei des Landesfürsten nicht in der üblichen Weise gedacht werde: doch, was macht das alles? Im „neuen Baden“ regiert der Großblock die Stunde, Direktor Dr. Frank gibt den Ton an, und wenn die Kapelle auch nicht gerade mit einem kräftigen „Durch“ einsetzen kann, ihre Melodie gibt doch der Regierung Mut und Kraft zu neuer Tat im Sinne der Musikanten. Zuhörer, die mit der von der Sozialdemokratie gelehrten Musik nicht recht einverstanden sein wollen, macht man damit gruselig, daß es heißt: Wenn die Sozialdemokratie abgestoßen werden, dann macht das Zentrum die Musik, und was das für unser schönes Badenland bedeuten würde, hu — genug, das Schregeperfekt einer kleineren Oberherrschaft hat noch immer seine Dienste getan, und zwar nicht nur beim „schwarzen Untertanen der Massen“. Zudem sind unsere

badischen Sozialisten so zahm — manch nati. Abgeordneter macht ärger auf der Agitation.

2. In die Bedeutungsgeschichte fiel nun der Anfang des Monats, der Weltfeiertag des Flaschenbewußten Proletariats, der 1. Mai. Bei diesem Anlaß zogen die Genossen nun kräftig vom Vater, „Volkstreub“, „Volksstimme“, sowie Redner sprachen vom internationalen Charakter der Sozialdemokratie, die keine Landesgrenzen kennt, vom preußischen Militarismus, der die Schuld trage, daß die ganze Welt in Waffen starre, von Deutschland, dem Störenfried der ganzen Welt. Das sind nun allerdings Lüge, die einer monarchischen deutschen Bundesregierung dann besonders schlecht an die Ohren klingen mögen, wenn sie ausgegeben von einer Partei, die zur Regierung in Freiheit gehört, Lüge, die aber auch den sich national nennenden Parteien unangemessen sind, die mit „Internationalen“ in Arbeitsgemeinschaft stehen. Deshalb hat sich die „Bad. Landeszeitung“ angezogen und es unternommen, dem soz. Freund etwas die Leute zu verleihen. Schüchtern natürlich nur; denn viele zu sagen, das wäre zu riskant. Und sie legt los: Die Sozialdemokratie — insbesondere der süddeutsche Revisionismus — vermeidet es jetzt immer mehr, den internationalen Charakter vorzuführen; umso mehr sei man überrascht, daß dies anlässlich der Maifeiern wieder geschehen sei. Es folle ihr nicht ein, die Sozialdemokratie oder ihre Wurfköpfe als antinational zu bezeichnen (gewiß nicht, das wagt man nur dem Zentrum vorzuwerfen! D. Verf.); aber eine Partei, die das Wort „national“ auf ihre Fahne geschrieben habe, die dirfe es nicht verläumen, bei diesen Kundgebungen des Internationalismus das deut. Banner zu entfalten! Es sei nicht wahr, daß der Völkerfried der Störenfried der ganzen Welt sei; der Völkerfried sei nicht von Deutschland bedroht usw. usw. Zum Schluss meint das nat. Dr. gen dann, die Sozialdemokratie solle doch einmal bei den Reichstagswahlen die internationale Fahne aufziehen. In diesem Beide werden sie sicherlich nicht siegen!

Wir gestehen, wir haben schon lange nicht mehr so herlich gelacht, als in dem Moment, als wie wir diesen Erguß einer natl. Seele laufen, und wir sind überzeugt, auch in soz. Kreisen herrsche dasselbe Gefühl ungetrübt Heiterkeit. „Wach ihm den Pelz und mache ihn nicht naß“, das ist das Motto für die ganze Leistung. Es muß doch etwas gesagt werden!

3. Die Sozialdemokratie ist und bleibt eine internationale Partei. Das steht ja fest und ist so klar, daß sich daran nicht rütteln läßt.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichermaßen beteiligt sind. In dieser Er-

eracht seinen „Gordon“ als erfahrener Schauspieler. Die kleineren Rollen waren nach Möglichkeit befreit. Die Gauimahlzeit der Generale hatte eine unerwartete Aenderung erfahren, sie passte auch so in den Rahmen des Ganzen, wenn auch die früher geplante war. Bei der Amtsumstaltung auf dem Gebiete der Theaterliteratur, das heißt bei dem Mangel wirklich poetischer Erzeugnisse, wirken solche Werke, selbst wenn nicht ganz genügender Beifall neben unseren meisten modernen Dramen wie diesen neben Zweigen. Das Drama ist doch nach ästhetischen Begriffen eine Verherrlichung der Wahrheit, eine anfeuernde Darstellung von Heldentaten, eine lebendige Abbildung des Guten, Großen und Erhabenen. Wer kann aber bei dem Geschmackswinkel der Gegenwart angehen, oder besser fragt, wer kann es wagen, auszusprechen: welches die Wahrheit, wer ein Held und was eine Heldentat ist? Wer bringt denn dafür, daß heutzutage der Träger des Großen und Schönen nicht als armer Sünder hingestellt wird, daß die Zukunft nicht den verdammten, der jetzt gepriesen wird? Wenn die Gegenwart wieder einmal wirklich Helden aufweisen kann, wenn das menschenfeindliche Prinzip wieder idealisierungen machen muß (?), dann wird es auch wieder Stoff zu Schauspielen und Tragödien geben, die gestern, wie hier unser Schiller! Dann wird der Dichter aus dem Geschehenen Begeisterung und das Publikum aus den Dichtern Genüg schaffen. Und allen voran wird stets auch Schillers „Wallenstein“-Trilogie, diese herrliche Dichtung, leuchten, mit ihrer formvollen, schönen Sprache, ihren ewigen Wahrheiten, die auf einer welthistorischen Basis ruhen und für die Geschlechter aller Zeiten und für alle Völker gütige Urwahrheiten sind! von Stecken.

○ Groß. Hoftheater. In der für Pfingstmontag, den 16. Mai, angekündigte Aufführung von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ wird Herr Ländler die Partie des „Tristan“, welche in seinem Repertoire fehlt, zum erstmals singen. Die für die Partie der „Isolde“ genommene Hofoperländerin Frau Cäcilie Neissle-Endorf vom Königlichen Theater in Hannover zählte zu den Mitwirkenden der letzten Bayreuther Festspiele im Sommer 1908.

Massen waren immer in Bewegung, das Lagerbild soldatisch mutter. In den „Piccolomini“ und „Wallensteins Tod“ (das zuletzt genannte Trauerspiel wurde am Montag aufgeführt) konnten wir uns nicht immer mit der Beziehung der Rollen einverstanden erklären.

Vor allem war die Herzogin durch Frau Pix (die Vertereerin der komischen Alten) nach unserem Dafürhalten nicht am richtigen Platze, eine Herzogin wie sie der folge Geist, der unbewußte Geiz eines Wallenstein sich erwählt haben möchte, schien sie uns nicht. Auch die Feindseligkeit und Innerlichkeit der Schülerischen Sprache ging gleich bei ihrer ersten Begegnung mit dem General nicht am richtigen Platze unter. Wir meinen, daß die Herzogin von Freulein Dorothea, die Herzogin von Freulein Delcamp hätten gehext werden müssen, beide treten ja auch nicht als ältere Frauen in die Handlung auf und hätten ihren diesbezüglichen Rollen mehr genügt. Außerdem in die Gräfin Herz zu den Verzweigungen der Frauenrolle des Stücks und wäre durch Freulein Delcamp, die mit ihren Fortschritten bei der „Mabinotierin“ sieben geblieben, nicht so wirkungsvoll wie von Freulein Frauendorfer geboten werden. Die ideale „Della“ der Frau Gräfin, mußte durch die Tiefe fehlende Empfindung, durch Feuer und Temperament, durch anziehende Weiblichkeit die Lücken zu decken, welche infolge entstanden ist in Momenten des Affektes das Organ nicht ausgiebig genug war. In der Rolle Wallensteins glänzte wieder Herr Marx, er ist der Alte geblieben. Mit dem Naturgenuss eines prächtigen Organs, einer imponierenden Erscheinung verbunden, sich fluge Auffassung und Verständnis um dem „von der Parteien Kunst und Hass verwirrten Charakterbild“ ein festes Gepräge zu geben. So Goede sagt in seiner Einleitung von „Wallenstein“ u. a.: „Auch die Leidenschaften selbst durch die er (Wallenstein) bewegt wurde, Nachsicht und Erbégierde, waren von fälscher Gattung. Sein Charakter endlich war niemals edel und durfte es nicht sein und durchaus konnte er mir furchtbar, nie eigentlich groß erscheinen“. Es wird berichtet, daß aber Wallenstein die Eigenschaften eines Herrschers: Klugheit und Mut, festes Beharren an dem geplanten Ziel nicht fehlten daß ihm dagegen die sanfteren Gefühle des Menschen

kenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewussten Arbeitern aller übrigen Völker."

so heißt es im Erfurter Programm, und in diesem Sinne liegt auch die Verpflichtung der Partei. Seit Jahren finden internationale Zusammenkünfte der Sozialisten zur gegenwärtigen Ausprache und zur Herstellung einer einheitlichen Taktik in der Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft statt. Im Jahre 1871 schon hat der sozialdemokratische Parteitag in Gotha beschlossen, sich an diesen Kongressen zu beteiligen und im laufenden Jahre z. B. ist es ja gerade die Liebling der nationalliberalen Partei, der sozialdemokratische Abg. Koll, der die badische Sozialdemokratie auf dem internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen vertreten und dort erzählen wird, wie man Nationalliberale firre machen kann. Bebel hat auf dem Parteitag in Gotha 1896 gerade in der internationalen Zusammenkunft aller Arbeiter den ersten Schritt gegeben, um den kapitalistischen Gesellschaft in der ganzen Welt die Art an die Wurzel zu legen und das internationale Sekretariat in Brüssel, das den Vertrag der sozialdemokratischen Parteien der Welt fördern und pflegen soll, hat in den letzten Jahren regelmäßig Rauhnen von Frankreich als Beiblätter auch von der deutschen Sozialdemokratie erhalten. Außerdem findet ein reger Austausch der einzelnen führenden Persönlichkeiten statt, und es sind erst einige Wochen her, seit der sozialdemokratische Abg. Dr. Frank in Paris sprach.

Gegenüber diesen offen dargelegten internationalen Bestrebungen und dem internationalen Charakter der Sozialdemokratie nimmt es sich einfach lächerlich aus, wenn die "Landeszeitung" jetzt so überreicht ist. Sie war auch nicht immer so. Wir erinnern uns noch ganz gut, daß in früheren Wahlkämpfen der nationalliberalen Partei kräftig eingehauen wurde auf die vaterlandslöse Sozialdemokratie. Jetzt allerdings ist das auf einmal anders geworden, weil die Champagnepatrioten sich mit ihnen verbündet haben. Jetzt sind sie nur noch etwas international.

5. Und was macht die nationalliberale Partei gegenüber dieser Internationalität des roten Freunden? Ganz sehr Probatos: Sie entfaltet das deutliche Banner! Bravo! Jetzt noch „Die Wacht am Rhein“ gefangen und dann werden die Sozialdemokraten ja mit und jonders Monarchisten vom reinsten Wasser. Dass aber bis jetzt noch niemand auf dieses prächtige Mittel gekommen ist! Oder ist es vielleicht so, daß die Nationalliberalen das deutsche Banner entfalten und dann Arm in Arm mit der internationalen Sozialdemokratie, die die rote Fahne trägt, marschieren — wohin, das ist ganz klar, denn wer der Stärkere ist, weiß jeder Mann?

Ganz dieselbe Bedeutung hat die andere Phrase, die Genossen sollten doch einmal bei den Reichstagswahlen die internationale Fahne aussiehen. In diesem Beziehungen sie nicht siegen. Bei den kommenden Reichstagswahlen können die Sozialdemokraten in Baden aufziehen, was sie wollen, die Nationalliberalen sind mit von der Partie sind froh, wenn sie mitgehen dürfen. Man bleibt doch dem politisch denkenden Menschen fern mit solchen Sprüchen des Phrasenliberalismus. Damit lohnt man ja keinen Hund mehr hinterm Ohr vor.

Das hat der "Vollstrecker" wohl auch gedacht, da er dem natl. Organ in seiner Montagsnummer eine ganz oberflächliche, den Kern der Sache gar nicht treffende Erwiderung gab. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei (Dr. Frank auf dem letzten Parteitag in Offenburg), die Sozialdemokratie ist eine internationale Partei — und der bad. Nationalliberalismus in Baden ist mit ihr aufs engste verbündet!

Deutschland.

Berlin, 12. Mai 1910.

¶ Abg. Dr. Mugdan als Scharfmacher. Ein bekannter Großindustrieller der Rheinprovinz schreibt der "Täglichen Rundschau" zu der Reichsversicherungsordnung: Ob der Beitritt für die Einbringung der Vorlage ein glücklicher gewesen ist, darüber steigen nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen ernste Zweifel auf. Denn es scheint, als ob für die Beweisstellung wichtiger grundfester Fragen nicht die Sache selbst, sondern nur die Macht auf die kommenden Wahlen ausschlaggebend sein soll. Als Beweis hierfür möge die Erinnerung an eine Episode aus der Langjährigkeit des Fürsten Billow dienen. Auf einem Fest im Reichstagssaal entwidete ein auf sozialpolitischem Gebiet bekannter Parlamentarier einem größeren Kreise von hohen Beamten und Abgeordneten seine Ansichten über die Niederwerfung der Sozialdemokratie. Dieser Kampf müßte beginnen auf dem Boden der Krantenlosen, indem man die Übermacht der Arbeitnehmer durch eine anderweitige Verteilung der Lagen mit einem Schlag besiegt. Er selbst erklärte sich bereit, diese große soziale Umwidlung in unserer Krankenversicherung durch das Prinzip der Hälftezung der Beiträge einzuleiten und durchzuführen. Auf den Fürsten Billow hatten diese Ausführungen einen so nachhaltigen Eindruck gemacht, daß schon in einer seiner nächsten Reden als preußischer Ministerpräsident der neue Gedanke zum Ausdruck kam, und jetzt nach wenigen Jahren! Der selbe Parlamentarier, der damals zum Kampfe gegen die Übermacht der Arbeitnehmer in den Krantenlosen antrat, erklärt jetzt im Reichstag, daß er niemals für die — von ihm selbst angeregte — Entrichtung der Arbeiter zu haben wäre. Ein solcher Wandel in der Auffassung ist aber nur durch die Nähe der Reichstagswahlen zu erklären. Und diese Tatsache beweist, daß es nicht angängig ist, große sozialpolitische Vorlagen am Ende einer Regierungspause einzubringen, wo bereits alle Entscheidungen durch die kommenden Wahlen bestimmt werden. Der so gelungen gebliebene Abgeordnete ist der freiliegende Abg. Dr. Mugdan, ein getaufter Jude. Er hat tatsächlich seit Jahren den Kampf für die Holzierung der Krantenlosen geführt und diese immer und immer wieder gefordert. So brachte er die Regierung dazu, diesen Vortrag in die Reichsversicherungsordnung aufzunehmen. Raum aber war die Vorlage da, so trat Mugdan auf die Gegenseite und verwarf nur die gefallene Vorlage mit aller Entschiedenheit, obwohl sie seinen Vorstellungen entsprach.

Eine leste, aber bezeichnende Denunziation gegen den Gouverneur von Ostafrika, Freiherrn von Reichenberg, findet sich in Nr. 535 der "Strasburger Post". In Ostafrika kommt immer wieder Unruhen vor; so wurde jüngst ein katholischer Missionar von Schwarzen ermordet. Es steht zwar niemand diese Unruhen für erwirkt an, aber sie mahnen zur Vorsicht. Diese Vorsichtsmaßnahmen benötigt nun wieder einmal ein Teil der liberalen Freiheit, um gegen das System Reichenberg loszuziehen. Die "Strasburger Post" denunziert den Gouverneur einfach als Zentrumsmann, indem sie schreibt:

"Wir haben in Nr. 225 der "Strasburger Post" vom 25. Februar d. J. in einem Aufsatz aus Sünder Neder auf die Gefahren des Systems Reichenberg hingewiesen. Herr v. Reichenberg hatte — so heißt es da — nachdem er sich eben noch in Datz-Salaan von der Schutztruppe eine Abschiedsdekoration vor der Abreise auf Urlaub habe bringen lassen, im letzten Augenblick und über den Kopf des Schutztruppenkommandeurs hinweg eine Dekoration der Schutztruppe eingetauscht, die in Ostafrika größte Belohnung hervergehen habe. Die Geheimstrafkammer, mit der Herr v. Reichenberg diese Aktion umgab, hatte ihren guten Grund. Denn nur durch die vorläufige Überempelung des Schutztruppenkommandeurs, der in der Tat keine Ahnung von dem Plan einer Herauslösung der Zahl des weißen Personals in der Schutztruppe gehabt hat, konnte der Plan des Gouverneurs gelingen. Wie wir nun mehr von gut unterrichteter Seite erfahren, waren die damaligen Warnungen vollkommen berechtigt und die Darstellung der selbstlosen Vorfrontkommunisten Wort für Wort wahr. In Schutztruppenkämpfen und ebenso unter den Anständern ist das Vorgehen des Herrn v. Reichenberg geradezu ein militärischer Unfall und als eine Maßnahme empfunden worden, die die Sicherheit der Kolonie und vor allem derenigen Anständern aufs schwerste gefährdet wurde, die in Innern wohnen. Man kann sich die Haltung des Gouverneurs, der im übrigen ein ganz tüchtiger Verwaltungsbauramte sein mag, nur durch die latenten Zentrumsneigungen des Herrn v. Reichenberg erklären, der sich wohl bei der zahlreichen Partei im Reichstag durch eine — in diesem Falle sehr ablehnenswerte — Sparmaßnahmen einen freundlichen Empfang und einen gewissen Rückhalt bereitet wollte. Man hat diese Seite an Herrn v. Reichenberg auch schon bei anderen Gelegenheiten — so in seinem Berthalten gegenüber den Minionen — bemerkt und wundert sich daher über gar nichts mehr."

"Ein ganz tüchtiger Verwaltungsbauramte" — aber latente Zentrumsneigungen! Schausler konnte es immer ausgesprochen werden, was man an Reichenberg auszusetzen hat. Ein noch so tüchtiger Verwaltungsbauramte wird für die Verwaltung unfähig, wenn er auch nur latente Zentrumsneigungen verdeckt hat. Dieser Überzeugung gibt ein nationalliberaler Blatt offen Ausdruck. Man wird dabei an den Ausspruch eines andern nationalliberalen Blattes erinnert, das jeder "ultramontane" Beamte "eine latente Gefahr für den Staat" sei. Man muß solche Laufenden im Auge behalten, um die nationalliberale Toleranz immer wieder kennen zu lernen. Ein nationalliberaler Staat ist zu allen brauchbar im Staatsleben, eben weil es nationalliberal ist; aber doch die tüchtige Staatsbeamte wird eigentlich unbrauchbar, wenn er Zentrumsmann ist oder auch nur latenter Zentrumsneigung verdeckt hat. Ein vernünftiger Mensch, der keine Anklage zum Fanatismus hat, muß sich eigentlich darüber wundern, daß ein nationalliberaler Staat so etwas überhaupt auszusprechen wagt, denn die Annahme ist hier genau so groß wie die Dummkopftheit, die sich darin ausdrückt. Aber es beleuchtet immer wieder die Situation, in welcher sich das Zentrum in Deutschland befindet, wie mit einem Blitzlicht, daß derartige Ungebührlichkeiten gelassen ausgesprochen werden können, ohne daß sie auch bei Gegnern des Zentrums die verdiente Zurückweisung erfahren. Wenn auch die zurzeit leitende Redaktion des Strasburger Blattes auf einem Schiff im östlichen Meer das Licht der Welt erlebt und vielleicht russische Verhältnisse besser kennt, als deutsche und fröhlich auch schon ein demokratisches Blatt reagiert, so dort doch die Aussicht als eine echt nationalliberale angesehen werden.

Im übrigen ist schon öfters bestritten worden, daß Freiherr von Reichenberg Zentrumsmann sei, wie es denn auch eine dazu recht alte Freiheit ist, dem Gouverneur nachzuhören, er wolle ja die Zurückhaltung einer Partei erwerben, deren Ausschaltung aus der deutschen Politik die latente Staatsweisheit und Bewußtsein der leitenden Kreise im Reich und Preußen ist. Gegenüber solchen Freiheiten ist der Ruf nach ein Paar tüchtigen gut genagelten Knochenstückchen am Platz.

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

Siehe Kammerei.

80. öffentliche Sitzung.

BZK, Karlsruhe, 11. Mai 1910.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min. Am Regierungstisch: Minister von Marschall, Generaldirektor Roth und Kommissare. Im Einfahrt befindet sich ein Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß diece die Gesetzesvorlage, die Änderung des Gesetzes über das Wohnungsgrundstück, b) von dem Budget Groß. Ministeriums der Finanzen für 1910 und 1911 die Ausgaben unter Titel I bis III, V bis VIII, X bis XIII und die Einnahmen unter Titel II bis V, e) das Budget Groß. Oberrechnungskammer für 1910 und 1911, d) die Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben Groß. Überrechnungskammer für 1907 und 1908, e) die Tageschrift Groß. Überrechnungskammer über die Ergebnisse der Rechnungsabrechnung in den Geschäftsjahren 1907/08 und 1908/09 gleich der zweiten Kammer beraten und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer den Gesetzesentwurf unter angenommen, die Ausgaben und Einnahmen unter b und c genehmigt und die Vorlagen unter d und e für unbefristet erklärt habe. Ferner der Beitrag des Gemeinderates Billigens zu der Petition wegen Errichtung der Privatbahn Zell-Loddenau durch den Staat und die Weiterführung derselben nach Lützow.

Es wird eingetreten in die Spezialberatung des Nachtrags zum Spezialbudget der Verkehrsauflagen. Eine Debatte findet nicht statt. Die Kommission beantragt, die Position 150 000 Mark für den Bau von Wagen in Wagen 4. Klasse abzulehnen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ebenso wird der übrige Teil des Nachtragsberichts mit Ausnahme des Titels Einnahmen für Beförderung von Personen, ausschließlich Militär auf Militärfahrzeuge und Militärfahrten angenommen.

Hierauf wird der Kommissionsantrag bezüglich der Annahme des Etat angenommen.

Der Antrag der Kommission über die Petition der

Gemeinde Württemberg betr. die Rückerstattung des Beitrags zur Güterbeförderung zur Tagesordnung übergehen wird mit allen gegen die Stimme des Abg.

Ziegelmeier angenommen. Der Antrag, die Petition der Pforzheimer Arbeiter betr. Bodekarten

durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären, wird einstimmig angenommen. Zum Antrag Müller u. Gen., betr. Beilegung der Hochsttarife beantragt die Kommission Ablehnung, die Antragsteller empfehlende Überweisung. Der letztere Antrag wird mit 39 gegen 24 Stimmen (Soz. u. f. B.) abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Der Antrag Bechthold u. Gen. zerfällt in zwei Teile.

Der erste Teil fordert die Abwendung in zwei Teile;

der zweite Teil fordert die Wiedereinführung des Kilometerbetrags. Zum zweiten Teil ist ein Änderungsantrag Koll u. Gen. eingegangen, wonach

die badische Regierung bei den anderen Verwaltungen wegen Einführung des Kilometerbetrags verhandeln soll. Der Antrag Bechthold u. Gen. wird

dem Antrag der Kommission entsprechend abgelehnt, ebenso der Antrag Koll. Für den letzteren Antrag stimmen 26 Abgeordnete (Soz. u. f. B.), dagegen die übrigen 39 Abgeordneten. Der Kommissionsantrag, die Groß. Regierung aufzufordern, so möge mit den übrigen Verwaltungen in Unterhandlungen treten wegen der Vereinfachung der Wagenklassen, wird einstimmig angenommen. Die Tageschrift übergegen, die Schädigung einheimischer Arbeiter durch die eingegangenen Verträge eingehalten werden. Bechthold bringt mehrere Beschwerden vor über Maßnahmen behördlicher Organe, die so einem Soldaten Urlaub gegeben wurde auf 4 Wochen; infolge dessen den Arbeitern der Mutter des Soldaten gefordert worden. Wir verlangen strikte Neutralität.

Es steht im öffentlichen Interesse, daß die Staatsbauten fortgeführt werden. Die Regierung möge dafür sorgen, daß die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen.

Minister von Marschall: Auf die Interpellation

betr. die Schädigung einheimischer Arbeiter durch die

Verpflichtung der ausländischen Arbeiter habe ich die

Antwort zu geben, daß in der Verfüzung von 1908

eine Bestimmung entsprechend den Verlangen der

Kommission eingefügt worden ist; darnach müssen die

Unternehmer der Staatsbauten ausländischen Arbeiter kündigen, wenn einheimische Arbeiter für beauftragt werden.

Dann ist das Eisenbahnbetriebsvertrag erledigt.

Hierauf wird in die Beratung der Interpellationen (Bechthold u. Gen., Soz.) betr. die Verpflichtung ausländischer Arbeiter und die Kritik im Baumgewerbe eingetreten. Am Regierungstisch erscheint noch Minister von Bodman.

Die Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

1. „Ist der Groß. Staatsregierung bekannt, daß

entgegen den gegebenen Verpflichtungen und im

WiderSpruch zu einer Ministerverfügung bei den

Staatsbauten eine große Anzahl ausländische Arbeiter beschäftigt sind, während viele einheimische

Arbeitnehmende abgemeldet werden?“

2. „Ist die Groß. Regierung bereit, Auskunft darüber zu erzielen, ob und in welcher Weise die Unternehmer angehalten werden, auch während der Dauer der Bauarbeiterausstiegung die staatlichen Bauteile weiterzuführen?“

Abg. Maier (Soz.) begründet zunächst die erste

Interpellation mit dem Hinweis auf die gegebenen

Bestimmungen des Auslands, wodurch die Einwanderung oder Verpflichtung von Ausländern er schwierig oder befreit sind. In Deutschland sind zurzeit

90 000 Italiener beschäftigt, die hauptsächlich auf Südwestdeutschland entfallen. Es wurden seither

Bestimmungen getroffen, die die Ausländer zu einer

gewissen Zeit im Jahr wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Zu Preußen ist seit 1907 das Ver-

treten der Agrarier im Gange, daß zu Kanalbauten und staatlichen Bauten hauptsächlich Ausländer be-

schäftigt werden sollen. Das geht nur darauf hinaus,

dass Ausländer höhere Arbeitskräfte zu liefern. Hier

kommt auch die Frage der Feldarbeiterfrage in Betracht.

Zuden ist die Frage der ausländischen Arbeiter anderes geregelt. Am 25. Juli 1908 hat die badische

Regierung einen Erlass hinausgegeben, wonach bei

Staatsbauten, solange einheimische Arbeiter sich

auslassen müssen, ausländische Arbeiter nicht angenommen oder ihnen gefindigt werden soll. Damit wären wir

aufgerichtet, wenn die Verfügung auch durchgeführt würde. Wenn uns die Möglichkeit gegeben wäre, die ausländischen Arbeiter in den Organisationen auf eine höhere Stellung zu bringen, so würden wir uns auch mit den ausländischen Arbeitern abfinden. Wir wären mit der Verfügung zufrieden, wenn ihr Vollzug nicht mangelhaft wäre. Neben verweist auf eine Klage des Arbeitersvereins von Italienern beim Tunnelbau bei Heidelberg. Die Regierung antwortet, daß in einem Fall 30 Prozent, in einem anderen 40 Prozent Ausländer seien. Die Firma Göckmann berief sich darauf, daß sie einheimische Arbeiter als ungeeignet zum Tunnelbau halb entlassen und dafür italienische Spezialarbeiter beschäftigen müssen. Redner teilt mit, daß nach seinen Erhebungen auch außerhalb des Tunnelbaus auch Italiener zum Teil als Hilfsarbeiter beschäftigt wurden zu einer Zeit, wo in der Umgegend viele Männer beschäftigungslos waren. Den Italienern, die unter einem Kolonialherrscher stehen und die für sich selber leben und sich von jedem gesellschaftlichen Verkehr mit deutschen Arbeitern abgrenzen, ist nicht beizukommen mit der Organisation. Sie dienen deshalb oft als Streitbrecher. Redner führt Beispiele an, daß auch heute Sloboden und andere ausländische Arbeiter bei Staatsbauten Beschäftigung finden, während einheimische Arbeiter keine Arbeit erhalten. Hier ist Abhilfe dringend notwendig.

Die zweite Interpellation begründet

Abg. Willi (Soz.), indem er zunächst auf die Ge-

schichte des Kampfes im Baumgewerbe eingeht und die Behauptung der hierigen Arbeitgeber zurückweist.

Den Leiter der Maurerorganisation die Maurerpolizei gezwungen hätte, in die Organisation einzutreten und um des kleinen Friedens willen hätten die Arbeitgeber den Polizisten zugeredet, in die Organisation einzutreten. Ich bin ermächtigt, zu erläutern, daß diese Darstellung nicht wahr ist. In dem aufgedrängten Kampfe stehen die Sympathien aufseiten der Arbeitgeber. Es wird festgestellt, daß die Arbeitgeber bis heute keine Forderung ge stellt haben. Die Organisationen können nicht zugeben, daß sie in den Bauten nicht auf den Baustellen für die Organisation werben dürfen, sie können nicht zugeben, daß der Arbeitsnachweis ganz in die Hände der Arbeitgeber kommt; er würde so zu einer Maßnahmenregelung führen. Gegenüber der Tageschrift Groß. Regierung ist die Tageszeitung der "Machtprobe", die sie jetzt ausüben müssen. Den Sozialdemokraten möchte ich da zu bedenken geben, daß sie sich nicht beklagen können, wenn die Arbeitgeber sich auf den Standpunkt des Kloßentwurfs stellen. Ich muß Willi widersprechen, wenn er strengere Neutralität verlangt, aber zugleich aufgrund dieser Neutralität fordert, daß die Regierung möge dafür sorgen, daß die Verträge gebahnt werden müssen. Der Kampfcharakter der Organisation ist in der Gewerbeordnung anerkannt. Der Arbeitgeber antwortet, daß sie einverstanden wären, wenn die Regierung im Falle eines Streits, einen Druck auf die Arbeitnehmer ausüben würde. Es wird aber einem Druck gleichkommen, wenn die Regierung verlangen will, daß die Verträge und Streitfälle eingehalten werden. Ich will nicht schließen, ob die Auspfernung berechtigt oder unberechtigt ist. Auch die Regierung kann das nicht beurteilen. Das kann erst aufgrund der Verhandlungen geschließen. Die Regierung muss alles aufstellen, um die

ächtlich handelt? Es ist zunächst die Frage, ob der Tarifvertrag zentral abgeschlossen werden soll oder nicht. Die Arbeiter, namentlich die freier Richtung, verlangen, daß man die Tarife lokal abschließe. Ich kenne eine Zeit, wo die Arbeiter zentral abgeschlossene Tarifverträge verlangten. Ich bin der Ansicht, daß der zentral abgeschlossene Vertrag größere Sicherheit bringt; er wird manche Schnittstiftkampfarenn beenden und eine Minderung der Klassengegenseitigkeit herbeiführen. Der lokal abgeschlossene Vertrag hat zur Folge, daß er da und dort wieder gebrochen wird; ist die Sache zentral abgemacht, so ist dagegen größere Garantie geboten. Alle Dinge, die man lokal ordnen muß, können auch lokal geordnet werden. In diesen Dingen sind die Arbeiter und Arbeitgeber nicht ganz einig; aber die Einigung kann erreicht werden, wenn die Arbeiter sich auf den Zentralabschluß der allgemeinen Bedingungen einlassen würden. Daß bei Tarifkämpfen

daß sie ganz hinausgedrängt wird, daß sie nur noch am Samstag den Lohn ausbezahlt müssen. Es gibt fleißige und faule, intelligente und dumme, gute und böswillige Arbeiter. Und deshalb muß der Arbeitgeber einen persönlichen Einfluß auf die Arbeiter haben. Es kommt vielleicht einmal so weit, daß der Arbeitgeber nichts mehr zu sagen hat, vorläufig ist's noch nicht so weit und ich müßte es bedauern. Der soziale und kulturelle Fortschritt ist nicht von der Masse, sondern stets nur vom einzelnen erkämpft worden. Ein Einheitslohn liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Im einzelnen komme ich mich in der Haupfsache dem angeschlagenen, was Knebel gesagt hat. Was Knebel von der Landwirtschaft gesagt hat, ist nicht außer Acht zu lassen. Er könnte sich auch dem Schluß Knebels anschließen, nur sei seine Hoffnung nicht so optimistisch. Hier darf es nicht heißen: Durch Kampf zum Sieg, sondern durch Verhandlung zum Frieden. (Beifall.)

ungen einlassen würden. Daß bei Tarifkämpfen der Klassenkampf eine Rolle spielt, erkennt man daran, daß die Arbeiter damals, als es noch keine Arbeitgeberverbände gab, Zentralverträge verlangten. Dort war die Arbeiterschaft in der Übermacht und sie konnten die Arbeitgeber zwingen, Dinge anzunehmen, die sie sonst nicht angenommen hätten. Nun will man den Lokalabschluß, weil die Arbeiter die Schwächeren sind. Hier wissen die Arbeiter, daß sie mehr herauszuschlagen können. Darum ist die Sozialdemokratie auch eine Gegnerin des Zentralstreits. Es hat aber eine Zeit gegeben, wo man glaubte, die Arbeitgeber damit ins Bodenlose zu ziehen. Die Arbeiter werden immer der schwächeren, der verlierende Teil sein beim Klassenkampf. Besser ist es, wenn der Arbeiter — wie heute — nicht an die Macht, sondern an die ethischen Motive appelliert, wenn man auf das Elend hinweist, dem die Familien ausgesetzt sind. Auf diesem Boden wird die Arbeiterschaft immer mehr erreichen, als wenn sie hinstehet und fordert. Die Menschheit ist heute so gebildet, daß sie für das Elend ein feines Verständnis hat, so daß sie sich jeweils an die Seite der Elenden und Unterdrückten stellt. In der Wohnfrage sollte keine Gleichmacherei stattfinden. Es gibt fleißige und faule, gelehrte und ungeliehrte Arbeiter. Wenn aber fest durch Verhandlung zum Frieden (Vertrag) Abg. Dr. Vogel-Rastatt (f. Bvt.) ist über die Antwort der Regierung betr. die Ausländer befriedigt. Auf die Interpellation betr. das Baugewerbe wollte er nicht näher eingehen, nachdem dies schon von rechts und links geschehen. Er bedauerte es außerordentlich, daß dieser Kampf in diesem Moment ausgebrochen ist, wo wieder eine kleine Besserung der wirtschaftlichen Lage sich bemerkbar mache. Es sind auch viele kleine Existenzier der Arbeitgeber ebenso schwer mit betroffen, wie die Arbeiter. Ihnen unserer Sympathie; Streit und Aussperrung sind erlaubte Kampfmittel. Wir sind mit den Interpellanten einverstanden, daß der Staat Neutralität wahren muß. Wir sind auch einverstanden mit der Regierungserklärung. Der Kampf der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer soll geführt werden auf Kosten des Arbeitgebers. Wo dabei öffentliche Interessen verletzt werden, soll die Regierung aufgrund der Verträge Remedium und Entschädigung erwirken. Wer es sich um eine Verletzung des § 153 der G.-O. handelt, wird der Staatsanwalt seine Pflicht zu tun wissen, einerlei ob ein Arbeitgeber oder ein Arbeitnehmer in Betracht kommt. Aus der Organisation der Arbeit auf beiden Seiten wird die Gesundung unserer Verhältnisse herauswachsen zu dem Zustand des Konstitutionalismus.

gelegt ist, daß der Arbeiter auf einen bestimmten Lohn rechnen kann, unterbindet man den Fleiß und die Energie des Arbeiters. Mit der Gleichmacherei vernichten Sie den intelligenten deutschen Arbeiter. Akkordarbeit muß zulässig sein. Es sollte bestimmt werden können, daß Akkordarbeit möglich ist in Fällen, wo sie notwendig ist. Beim Punkt, daß die Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden darf, werden die Arbeiter nicht auf ihrem schroff ablehnenden Standpunkt stehen bleiben können. Man darf nicht vergessen, daß es sich um Saisonarbeiter handelt. Die Saisonarbeiter dürfen sich doch auch zwischen die anderen Arbeiter hineinstellen, z. B. unter die bei der Landwirtschaft. Man sollte einem Arbeiter doch auch einmal etwas mehr zutrauen dürfen. Wenn wir so die Arbeiter behandeln, daß wir es ihnen möglichst bequem machen, so wird das Ideal und das Interesse am Geschäft verloren gehen. Der Arbeiter sagt sich, ich arbeite so und soviel Stunden und damit fertig. Das ist kein idealer Standpunkt. Ich bin der Meinung, mit einem

paritätischen Arbeitsnachweis würde man sicher die besten Erfahrungen machen. Das würde uns in Baden und in Deutschland viel bedeuten. Die beste Antwort auf das manchmal rasche Vor-gehen der Arbeiter wäre vonseiten der Arbeitgeber: Großmut, Erziehung und Hilfe. Großmut: Man läßt die Arbeiter mitsprechen. Erzieherisch würde der paritätische Arbeitsnachweis wirken, weil die Arbeiter dabei auch mitarbeiten können; sie würden zu einem ruhigen Urteil kommen. Die beste Hilfe ist nicht Almosen, sondern wenn man den Arbeitern hilft, daß sie sich selbst helfen können. Durch den paritätischen Arbeitsnachweis würde den Arbeitern die Möglichkeit dazu gegeben werden. Von der Regierung wünsche ich, daß sie Verhandlungen an-dahnt, und daß diese zu einem guten Ende führen. (Lebh. Beifall.)

ung der Regierung einverstanden. Der Abg. Maier hat selbst geagt, daß seine Worte gegen die Ausländer nicht von Chauvinismus, sondern von praktischen Erwägungen dictiert sind. Das Einströmen von fremden Arbeitern wird nicht beschnitten werden können. Diese Italiener sind unerwünschte Gäste. Man fragt im Oberland, daß sie zwar die wohltätigen Einrichtungen sich zunutze machen, aber alsbald verschwinden, wenn der Steuerbote kommt. Das Hauptgewicht hat der Abg. Maier darauf gelegt, daß diese Ausländer nicht für die Organisation zu haben sind. Es wäre interessant, ob diese Arbeiter unter sich und in ihrer Heimat keine Organisation haben, die ihnen Streikbruch u. Lohnrückerei verbietet. Leider hat sich Willi nicht versagen können, Kampfzone hereinzutragen, in einem Moment, wo man zum Frieden mahnen will. In vielem weiß ich mich eins mit dem, was mein Vorredner ausgeführt hat. Die Hauptfrage scheint die der Organisation zu sein. Es handelt sich um den Kampf der Organisation der Bauarbeiter gegen den Verband der Arbeitgeber. Jetzt ist der Kampf umgekehrt. Die Arbeiter haben die beste Organisation. Der Verband hatte Schwierigkeit, weil er mit keinem Arbeitgeberverband verhandeln konnte. Bömelburg jagte vor Jahren: Euch bringen wir doch noch zusammen. Jetzt ist's soweit und da erleben wir das Schauspiel, daß nun der Vertrag lokal abgeschlossen werden soll. Das fortgesetzte Schrauben an verschiedenen Punkten hat die Arbeitgeber veranlaßt, einen Zentraltarif abzuschließen. Auf die ganze Frage einzugehen, ist schwer, weil sich die Parteien schroff gegenüberstehen. Ich kann unterstreichen, was Knebel mit warmen Farben geschildert hat bezüglich der schlimmen Folgen der Aussperzung. Wer ist der Stärkere? Knebel hat ohne weiteres die Arbeitgeber für die Stärkeren gehalten. Gewährt werden kann. Die Regierung sollte das Vermögen des badischen Staates wahren, wie das ein Privatmann tun würde. In Mannheim sollte die Wände des Bahnhofs gegipst werden. Draußen stehen die Gräber ausgesperrt. Hier sollte die Regierung verlangen, daß die Arbeit zu Ende geführt wird. Ohne die Androhung der Materialsperre hätte die Aussperzung nicht diese Ausdehnung erlangt. Hier sollte die Regierung aufgrund des § 153 G. L eingreifen. Dadurch würde das Staatsbewußtsein der Arbeiter mehr gefördert, als durch die schönsten Reden von der Ministerbank. Die Reden Rebmanns und Knebels haben sich merkwürdig gedeckt. Knebel hat wieder über den Klassenkampf gesprochen. Die Theorie beherrscht nicht allein die Politik, sondern auch das Wirtschaftsleben. Die Unternehmer machen keinen Unterschied, ob einer den Klassenkampf als Prinzip anerkennt oder nicht. Der Klassenkampf ist eine Tatsache. Der Klassenkampf hindert die Ethik nicht, sondern fördert sie; die Ausgesperrten haben auf 14 Tage auf jede Unterstützung verzichtet, die anderen Organisationen haben beschlossen, die Ausgesperrten zu unterstützen. Das ist eine Steigerung der Ethik. Als erfreuliche Tatsache müsse er feststellen, daß kein Redner den Standpunkt alter Unternehmer vertrat, daß der Arbeitgeber Herr im Hause sein müsse. Knebel habe verlangt, daß im Tarif ein Unterschied gemacht werde zwischen faulen und fleißigen Arbeitern. Das wäre der Tod der Tarifbewegung. Es ist kein Arbeitgeber gehindert, mehr zu zahlen, nur unter den Tarif darf er nicht heruntergehen. Durch die Gewerkschaftsbewegung ist in der deutschen Arbeiterschaft ein Sauerseig gebracht worden, der die deutsche Industrie zu einer hohen Feuerstufe führt.

Wohlter v. Voßman: Wieder hat die Begriffnahme Bismarcks gegen die Polen hier kritisiert. Das gibt der Begründung der Interpellation einen besonderen Reiz. Die Maßnahme wurde getroffen zum Schutze des Deutschtums. Wir haben angeordnet, daß die Legitimation der russisch-polnischen Arbeiter durch die Feldzentrale hinreichend sei, daß nicht nachgesucht werden dürfe durch die Bezirksämter, ob einer mit Recht oder Unrecht die Arbeit verlassen habe. Die Bestimmungen sind zum Teil aufgehoben, so daß jetzt russischpolnische Arbeiter nicht mehr am 20. Dezember auszuweisen sind, da sie auch im Gesinde- und Gewerbedienst beschäftigt

werden können. Die Aufhebung der Ausweisungsvorschrift haben wir angeordnet aus rechtlichen und praktischen Erwägungen. Bei landwirtschaftlichen Arbeitern ist die Ausweisung aufrecht erhalten, weil die Gefahr entsteht, daß der Arbeiter nach Beendigung der landwirtschaftlichen Arbeit den Armenpflege anheimfalle. Wegen der Zugehörigkeit zu einer Organisation kann kein Ausländer ausgewiesen werden. Was die Beurlaubung eines Soldaten betrifft, so handelte es sich um eine bedürftige Witwe, deren Gesuch unterstützt werden mußte. Ein Urteil über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Aussperrung wurde damit nicht gegeben. Auch beklage die Aussperrung aufs tiefste wegen der Schäden. Ich hoffe, daß der Kampf bald zu Ende geht. Die Regierung wird weiter tun, was ihm möglich ist, um den Streit beizulegen. Bisher waren unsere Bemühungen vergeblich. Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß solche Kämpfe ausgeschlossen sein werden, wenn wir Arbeitsämter haben.

Minister von Marshall: Ich muß betonen, daß

die Eisenbahnverwaltung in diesem bedauerlichen Streit eine neutrale abwartende Haltung eingenommen hat. Die Bezirksstellen sind angewiesen worden, den Unternehmern mitzuteilen, daß bei einer Verzögerung der Bauten und einer Scheidigung der Verwaltung eingeschritten werden müßte. Es dürfte aber keine Verzögerung der Arbeit zu erwarten sein. Frank hat darauf hingewiesen, daß unvollendetes, ungeschütztes Mauerwerk Schaden leide und dadurch der Staat in Schaden komme. Ich muß da bemerken, daß unvollendete Mauerwerk noch nicht zum Eigentum des Staates gehört und beschädigte Teile zu ersehen sind. Wenn durch die Nichtvollendung der Arbeit im Mainheimer Bahnhof eine Beeinträchtigung des Pfingstverkehrs eintritt, werden wir die entsprechenden Maßnahmen treffen.

Abg. Maier (Soz.) erwidert in seinem Schlusswort auf die Ausführungen des Ministers des Innern.

gegen die Bauarbeitgeber wegen der Materialpreise ebenso aufgrund des § 153 vorgegangen werden sollte wie gegen Arbeiter. (Rösch: Sehr richtig! Seite 15.)

Landwirtschaft

Die warmen Tage des Monats März brachten die ganze Vegetation im Verhältnis zu früheren Jahren um ein Vierteljahr weit voran. Aus diesem Grunde konnten man überall beobachten, wie sich in diesem Jahre der Einkauf und der Bezug des Saatgutes auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammendrängte. Unsere Landwirte müssen heute mit der großen Leute not rechnen und jede Stunde ausnützen, die ein Arbeiten draußen ermöglicht, während früher noch mehr Rücksicht auf den Kalender und die alten Bauernregeln genommen wurde. Aber nicht nur eine sehr frühe Saatzeit konnte man heutzutage beobachten, sondern auch im Bezug auf die Größe des Samenwechsels war ein entschiedener Fortschritt sichtbar. Wenn man die landwirtschaftlichen Fachblätter Badens durchsieht, findet man überall Notizen über den erhöhten Bedarf unserer heimischen Landwirtschaft Rottlee, Luzerne, Getreidearten und auch Kartoffeln. So berichtet das Vereinsblatt des Badischen Bauernvereins z. B. in seiner letzten Nummer vom 1. Mai, dass sich der Bedarf an Saatgut gegenüber früheren Jahren verdoppelt, in manchen Orten sogar verfünffacht habe. Ähnliche Notizen finden wir im Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins und im landwirtschaftlichen Geschäftsbuch. Mögen unsere Landwirte ihre angemessene Mühe und die Kosten auch durch entsprechende Erträge gelohnt sehen.

Haus dem Gerichtslaß
Freiburg, 10. Mai. Der Bierbrauer

August Auer von Mühlhausen (Amt Engen) wurde klandlich von der Strafammer Konstanz wegen Beleidigung des Groß. Amtsvorstandes Geh. Regierungsrat Dr. Gross in Konstanz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revision Auers hob das Reichsgericht Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Freiburg. Dieselbe fand am Samstag statt und endete mit dem Freispruch des Angeklagten.

Bonn a. Rh., 10. Mai. Die Strafammer verhandelt heute in 2. Instanz gegen die Mitglieder des Corps Borussia, Graf Hind zu Hindenfel auf Schönberg bei Mariendorf und Hans Werner von Quistorp auf Trenzow bei Stralsund wegen gemeinschaftlichen Haussfriedensbruchs nach § 123. Es handelt sich hierbei um den Überfall auf den einjährigen Unteroffizier Reith, in dessen Wohnung in der Nacht vom 26. zum 27. Juli v. J. Der Fall war die lekte Anlaß zur Suspendierung des Corps Borussia. Vom Schöffengericht sind die beiden Angeklagten in der ersten Verhandlung zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Arbeiterzeitung

Seit Montag, den 24. April, stehen die christlich organisierten Tabakarbeiter der Firma Himmelbach und Wärthl, Zigarrenfabrik in Reichenbach im Jahr (Baden), im Ausstand. Der Anlaß zu dieser Ausstande wurde durch die ständige Vertröstung der Erhöhung der niedrigen Löhne — Durchschnitt verdienst bei den 20 besten Arbeitern 1.90 Mark tatsächlich — welche aber niemals erfolgte und durch die indirekte Bekämpfung der organisatorischen Bemühungen der Arbeiter gegeben. Eine Einigung konnte trotz Entgegenkommen der organisierten Arbeit nicht erzielt werden.

29. Mai, findet im Walde am Bahnhof Stotzfeld eine große Kundgebung christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter des badischen Unterlandes statt, woran auch die übrige christlich organisierte Arbeiterschaft teilnimmt. Bei dieser Kundgebung, zu der auch u. a. die bairischen bürgerlichen Parteien eingeladen werden, wird Generalsekretär Stegerwald aus Köln sprechen. Man rechnet mit einem Massenbesuch.

Vermischte Nachrichten

** Wingen bei Rembach, 3. Mai. — Hochlin
das Lied vom braven Mann! — Letzte Wo-
war ein Oberst der 105er aus der Garnisonsstadt Stra-
burg in unserem Gebirgsdorf, um im Waldesdörfchen ne-
dem balzenden Auerhahn zu pürschen. Auf dem Spazier-

gange unterhielt er sich mit seinem Gastwirte über soziale Fragen und Wohlfahrtsbestrebungen, was schon einen Eindruck gewährte in das warme Herz dieses äußerlich strengen Marsjohnes. Der Begleiter erzählte ihm, wie mancher Arbeiter durch Sparen und geregeltes Leben schon auf einen grünen Zweig gelommen sei trotz der beschriebenen „schlechten Seiten“. Als Beweis nannte er den Namen eines hiesigen jungen Holzsäuhmachers, der durch seinen Fleiß es so weit gebracht hat, eine Stuh im Stadtkreis zu nennen und in einem Häuschen zu wohnen, das bis auf 100 Mark ganz schuldenfrei dastehé. Gerade waren die beiden Sozialpolitiker vor der Werkstätte des Arbeiters an der Kochmühle angekommen. Der Ober wünschte den Arbeiter zu sehen. Der Begleiter rief den selben heraus. Wer beschreibt das Erstaunen des Arbeiters, als der Oberst ihm die Hand drückte, in den Gehbeutel griff und ohne weitere Umstände mit einigen Worten der Aufmunterung in die schwieligen Hände des Holzsäuhmachers einen Hundertmarksschein

Deutsche Startenstadtakademie

Deutsche Gartenstadtgesellschaft.
Die von der Deutschen Gartenstadtgesellschaft für Juli und August geplanten sozialen Studiereisen nach England sind aufgrund der zahlreichen eingegangenen Meldungen gefässt. Die Teilnehmerzahl auf 100 beschränkt. Beide Reisen haben das gleiche Programm mit 12-tägiger Dauer und führen durch englische Gartenstädte und städtische Mustersiedlungen. Sie rühren die Städte Port und Garswid, Manchester, Liverpool mit Port Sunlight, Birmingham mit Bournville, der prachtvollen Schöpfung des Philanthropen Cadbury und London mit der Gartenvorstadt Hampstead und den eigentlichen Gartenstadt Letchworth. Ferner werden einige neuere Wohnsiedlungen, wie z. B. Salting bei London und vielleicht die Kolonie Fallings Park bei Harrogate und ein mustergültiges Bergarbeiterdorf Woodlands bei Doncaster besucht. Besondere Berücksichtigung sollen auch die großen kommunalen Wohnungsbauten in London, Richmond, Liverpool und Birmingham finden. Auch eine Kenntnisnahme der sonstigen sozialen Bestrebungen Englands wird ermöglicht. Als Treffpunkt ist ein Ort an der deutsch-holländischen Grenze gedacht, in der nächsten Nachbarschaft der Stätten altneiderrheinischer Kultur, die Liebhabern besonderes Interesse bieten werden. Prospekte sind erhältlich durch die Geschäftsstelle Nefel (Ostbahnhof) bei Berlin.

Verband deutscher Gilboten-Anstalten.

Wiesbaden, 10. Mai. Der Verband deutscher G-
boten-Anstalten (Blitz-Institute) hielt fürglich im Ho-
"Ronenhof" seine erste ordentliche Generalversammlung
ab, zu der sich etwa 30 Herren aus allen Teilen Deutsch-
lands eingefunden hatten. Die Verhandlungen
schäftigten sich in der Haupfrage mit Satzungsbände-
ungen, der Beschlussfassung über die wegen der Bri-
beförderung vorgunehmenden Schritte, der gegenseitigen
Zuweisung von Aufträgen, der Herstellung gemein-
schaftlicher Anstellungsverträge, von Ordnungen u.
insbesondere mit den gemeinschaftlichen Bezügen u.
Uniformen, Fahrrädern und Bestandteilen, Reklam-
mitteln usw. Der Vorstand sieht sich nach der Neuwo-
wie folgt zusammen: Vorsitzender: Herr Max Dietz
Dresden, Kassenwart: Herr Franz Weber-Leipzig
Schiffswart: Herr Wilhelm Breithaupt-Braunschweig
Stellvertreter: Herr M. Korn-Breslau und Herr Arth-
Bieger-Chemnitz.

St. Blasien, bad. Schwarzwald. Nun ist auch

lebte Versuch gemacht worden, um die für den südlichen Schwarzwald so bedeutende Eisenbahnpflicht einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Vor einigen Tagen begaben sich in Audienz zu dem Großherzog von Karlsruhe die Herren Fabrikant Alfred Krafft, Bürgermeister Wägner von St. Blasien und Vogelbach, um eine Bittschrift zur Erstellung der Eisenbahn zu überreichen. Man hatte Amtsbezirk mit großem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß „wegen anderer, größerer Kulturaufgaben vor allen Dingen der großen Bahnhofsgebäuden“, Bahnbau von Titisee nach St. Blasien auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollte. In der Bittschrift wird hervorgehoben, welch ernste Gefahren durch die Hindernischiebung dieses Wunsches dem Bezirk drohen. In den letzten Jahren ist in demselben eine starke Vermindung der Bevölkerung eingetreten, die in der Bittschrift nicht zum Universellischen mit den schweren Lebensbedingungen in diesen hohen Gegenden des Schwarzwaldes zusammengebracht wird. Eine Besserung dieser Verhältnisse sei nur durch die Erleichterung der Transportmöglichkeit, die wirtschaftliche Lage der ganzen Gegend könne nur durch die Eisenbahn gehoben werden. Was nun die Interessen des Kurortes angeht, so wäre ja vielleicht mancher für besser halten, wenn idyllische Abgeschiedenheit unseres Schwarzwaldkurortes erhalten bleibe; aber anderseits wird man auch nur verlennen, daß durch bessere und billigere Verbindungen mit den Hauptverkehrsbädern des Landes auch dem Kurplatz selbst mancher Vorteil erwachsen würde. Wie erfahren, hat der Großherzog seine Unterstützung einer eingehenden Prüfung und Förderung der Angelegenheit zugezeigt. Die Abordnung wurde auch in längere Audienz von der Großherzogin in Wittekind empfangen, die ja bekanntermassen allezeit ein großes Interesse an dem von ihr so oft als Lieblingsaufenthalt gewählten St. Blasien hat. Ob freilich bei der gemeinen schlechten Finanzlage des bad. Staates die Errichtung der Eisenbahn in absehbarer Zeit denken ist, durfte dahingestellt bleiben. Für den Kurort selber hat dies unmittelbar keine Bedeutung. Es sieht ja von den Schnellzugshaltepunkten Titisee und Waldshut eine ausgezeichnete Automobilverbindung hierher; und in 1 stündiger Fahrt auf den prächtigen, wegen ihrer Größe so berühmten Schwarzwaldstraßen kann man durch herrliche Landschaft nach dem waldunrauschten Mühlental gelangen, wo bereits alles eifrig an der Arbeit ist, die Frühjahrsgäste zu empfangen. Besondere Tätigkeit entfaltet der Kurverein unter der rührigen Leitung Herrn Oberamtmann Hähn. In diesem Zusammenhange möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ein Frühjahrstaufenthalt für Nerven- und Herzkränke besonders zu empfehlen ist. Geredeten Kranken stehen in St. Blasien ausgezeichnete Etablissements zur Verfügung wie das Hotel Kurhaus und das mit diesem vereinigte, für streng kuren bestimmte Sanatorium Villa Louise Hähn.

Geburten: 28. April. Heinrich Gustav, Vater

Reichert, Revisor. — Albert Heinrich, Vater Albert Sing
Kanzleigebilse. — 29. April. Gertrud Elisabeth, Tochter
Valentin Frey, Tapezier. — Elsa Barbara, Vater Dr.
Wittlie, Wecker. — Anna Katharina, Vater Emil Winter
Schlosser. — Ruth Elisabeth Wilhelmine, Vater Al
Horn, Oberleutnant. — 30. April. Kurt Heinrich, Sohn
Karl Hels, Kartonnage-Zuschneider. — Irma Lina, Tochter
Karl Tropf, Brunnenmacher. — 1. Mai. Erich Christi
Vater Ernst Rastner, Schmidmeister. — 2. Mai. Ein
Soel, Vater Josef Engscher, Milchhändler. — 3. Mai.
Ludwig Friedrich, Vater Karl Band, Koch. — 4. Mai. D
Elise, Vater Franz Ehlig, Elektromonteur.

Gefühlungsgeissen! Gedenket Eurerer Presse!
Bestellt den Badischen Beobachter!

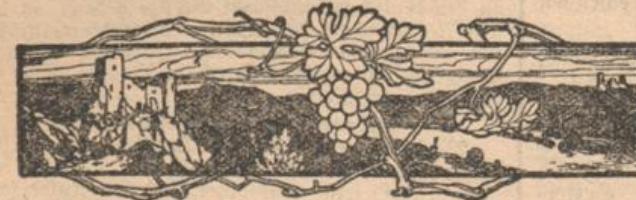
Donnerstag, Freitag, Samstag

geben wir

Doppelte Rabattmarken auf sämtliche Artikel

ausgenommen Nähgarne, Markenartikel und Lebensmittel.

Geschwister KNOPF.



Empfehlungen von
**Hotels, Restaurants, Gasthäusern,
Luftkur- und Badeorten,
Konzert-Unternehmungen etc.**

Der schönste Pfingst-
Ausflug führt nach **Triburg**
Schwarzwald-Hotel

empfiehlt sich für Familien- und Touristen. Besondere Vereinbarungen für die Pfingstfeiertage. Erstklassige Küche und Keller.

Schwefelbad Langenbrücken (Baden).

Station zwischen Heidelberg und Karlsruhe.
Gegen **Heiserkeit, chronische Hautkrankheiten,
Iustische Affektionen und Metallvergiftungen etc.**
von allerbestem Erfolg.
Große soziale Anlagen und Terrassen. Zivile Preise.
Eröffnung am 15. Mai.
Näheres durch Prospekte.
Dr. H. Ziegelmeyer,
Baderarzt.

A. Sigel,
Eigentümer.

**Kur- und Wasserheilanstalt
Dussnang** Station Sirnach
(Kanton Thurgau)
Schweiz.

Ruhiger Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Erfolgreiche Kuren speziell gegen Blattnut, Herzleiden, Nervenschwäche und Rheumatismen. Schöne Waldspaziergänge, Ausflüsse und Gebirgsstouren. Komfortable Zimmer. Gute Küche. — Wasserheilverfahren durch warme und kalte Bäder. Douchen. **Sool- und kohlensaure Bäder.** — Diätetische Kuren. — Milchkuren. — Massagen. — Dreimalige Postverbindung mit Station Sirnach. — Telefon. — Mäßige Preise. — Prospekte zu Diensten. — Kurarzt: Dr. Ettner. — Die Direktion der Kuranstalt.

Erholungsheim Siebenlinden

600 m ü. M. in Lauterbach im württ. Schwarzwald.

Bahnstation Schramberg oder Hornberg i. B. Auf einem Hügel unmittelbar am Walde gelegen. Vollständig staubfrei, ozonreiche Luft. Zentralheizung. Besonders geeignet für Genesende und Erholungsbedürftige.

Prospekte durch die Direktion.

**Kneipp'sche Kur
Jordanbad** in der ersten großen ärztlich geleiteten Kneipp'schen Wasserheilanstalt bei Überbach (Württemberg). Bahnhof Ulm-Freiburgshafen. Komfortable neue Einrichtung, neue vorzülfliche Betten. Gleich Licht. Mäßige Preise. Vorzülfliche Verpflegung mit Zimmer I. Klasse und Licht von 4.40 M. an. II. Klasse von 2.60 M. an. Prospekte kostenfrei durch die Kurärzte: Dr. F. A. Stühle und Dr. Chmann und die Badeverwaltung (Schweizer Oberin).

Carola-Quellen reinigen die Nieren.

Zur Frühjahrskur trinken Sie bei Störungen der Nierenfunktionen und der Harnorgane, Steinleiden und Sicht täglich frühlingsgens 1 fl. Carola-Heilquelle; 10 Flaschengenügen, um Sie vom Erfolg zu überzeugen. Fragen Sie Ihren Hausarzt! In allen Apotheken u. best. Mineralwasserhandlungen erhältlich, sowie in der Mineralwassergroßhandlung Dr. Kux & Finner, Büro 30, Telefon 255, sowie im eigenen Depot, Karlsruhe-Mitte, A. Müller, Mineralwasseraufzehr, Rheinstraße 48. Telefon 1233.

Stadtgarten Karlsruhe.

Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr,

= Konzert =

der Kapelle des

Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“
(1. Badisches Ar. 14).

Leitung: Herr Königl. Obermusikmeister Heinr. Liese.

Bei Eintritt der Dunkelheit:

Wasserfeuerwerk
auf dem Stadtgartensee

aus Anlass des

50-jährigen Stiftungsfestes des Corps Frisia.

Inhaber von Jahreskarten und
von Kartenhälften 30 Pfg.

Sonstige Personen 60 Pfg.

Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Die Mustabonnementkarten dienen in Gelung.

— Must-Programm 10 Pfg. —

— Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. —

— Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus. —

Moskopf's Trauben-Senf mit der Traube
bekannt als
bester rheinischer Tafelsenf
Th. Moskopf,
Fahr (Rheinland)

Parkett-Rose
Damit behandelte Böden können noch gewischt werden ohne daß sich Flecken bilden und der Glanz verschwindet.

Kein Stand! Keine Kerze!
Keine Gläser!
Große Ausgiebigkeit!

Parkett-Seife

Marie Rose —
heiles, einfaches und billigstes Reinigungsmittel selbst für die dünneren Böden. Wallfahrt Etikett für Stoffe und Tannentinte.

Kein Stand! .. Reichte Arbeit! .. Naturheile .. Böden! .. Zu haben in den durch Platze feinlichen Geschäften.

Fabrikanten: Vereinigte Farben- und Lackfabriken G. m. b. H. vornehmlich Finster & Weißner, München X.

Für den Monat Mai!

Sammlung älterer und neuerer Lieder zur Verehrung Gottes und zum Gebrauch beim Gottesdienste, Prozessionen, Wallfahrten us. sc. 1 St. 25 Pfg.
100 Stück M. 20.—

„Badenia“, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei,

Karlsruhe, Adlerstraße 42.

**Neu aufgenommen:
Baby-Kleidchen
Baby-Wäsche**
Reizende Artikel.
J. Schneyer
Werderplatz
Ecke Marienstr.

Verlosung

von
Pfandbriefen und Kommunalobligationen
der

Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim.

Infolge der vor dem staatlichen Treuhänder vorgenommenen Verlösung ist bestimmt, daß gezogen sind:

zur Rückzahlung auf 1. April 1910:

von den 4%igen Pfandbriefen der Serie 66, 67, 68 alle Stücke, mit den Endziffern 30.

Von den 3½%igen Pfandbriefen der Serie XXXIII bis einschließlich XXXIX, 41, 42, 61, 62 und 77 sowie den 3½%igen Kommunalobligationen der Serien III und IV alle Stücke mit den Endziffern 050, 250, 450, 650 und 850, ferner von den 3½%igen Pfandbriefen der Serien 61 und 62, außerdem noch alle Stücke mit den Endziffern 061, 261, 461, 661 und 861 und schließlich von den 3½%igen Kommunalobligationen der Serie IV alle Stücke mit der Endziffer 61.

Bur Rückzahlung auf 1. Juli 1910:

von den 3½%igen Pfandbriefen der Serien 46 bis 60, 69 bis 70 alle Stücke mit den Endziffern 050, 250, 450, 650 und 850, ferner von den 3½%igen Pfandbriefen der Serie 46 bis 49 und 53 alle Stücke mit den Endziffern 061, 261, 461, 661 und 861 und schließlich von den 3½%igen Pfandbriefen der Serie 60 alle Stücke mit der Endziffer 61.

Mit dem 1. April 1910 bzw. dem 1. Juli 1910 endet die soupmäßige Vergrößerung. Wer nun bereit, die gezogenen Stücke in die in Ausgabe beständigen 4%igen unverlosbaren Pfandbriefe, welche zum Börsenotenschein berechnet werden, einzutauschen.

Die Einlösung über der Umlauf der verlorenen Stücke erfolgt an unserer Kasse, sowie bei allen Pfandbriefverkaufsstellen; auch ist dabei das Vergleichnis der aus früheren Verlösungen noch rückständigen Pfandbriefen, sowie Prospekte betreffend die bei unserer Bank zulässigen mündelichen Kapitalanlagen erhaltlich.

Mannheim, den 21. Dezember 1909.

Die Direktion.



Städt. Arbeitsamt
Reparaturstochinen
Küchenmädchen
Haushälterinnen
bei hohem Lohn zum sofortigen Eintritt
gesucht.

Kellnerinnen
(einfache und bessere)
suchen Stellung.

Städt. Arbeitsamt
Weiblicher Arbeitsnachweis.
Zähringerstraße 100.
Telephon 629.

Geschäftszzeit von 8—12½ u. 2—7 Uhr.
Vermittlung völlig unentbehrlich.

Mandoline-Unterricht seien ganz
Vergütung wird erteilt in d. Abendstunden.
Angebote unter Nr. 609 an die Gesellschafter dieses Blattes erbeten.

Pfänder-Versteigerung.
Am Mittwoch, den 18. Mai
1910, vormittags von 9 Uhr und
nachmittags von 2 Uhr an, findet
im Versteigerungssalon des Leihhauses
Schanzenstraße 6, 2. Stock, die
öffentliche Versteigerung der ver-
fallenen Pfänder Nr. 18751 bis

mit Nr. 20969 gegen Darzahlung statt.

Das Versteigerungssalon wird eine
halbe Stunde vor Versteigerungsbeginn
geschlossen.

Die Kasse bleibt am Versteigerungs-
tag geschlossen.

Karlsruhe, den 7. Mai 1910.
Städtische Pfandleihkasse.

Arzt-Praxis,
gute Landpraxis,

Einkommen ca. M. 10.000,—, an läß-
geren, jüngeren, kathol. Arzt, Habenier,
abzugeben. Anfragen unter J. 1729
an Haufenstein & Vogler M.-G.,
Karlsruhe.

Discretion gegen seitig Ehrensache.